Freihandelsabkommen und Gewaltenteilung

1. Gewaltenteilung (= „freiheitlich-demokratische Grundordnung“)

Artikel 20 Grundgesetz:

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der **Gesetzgebung**, der **vollziehenden Gewalt** und der **Rechtsprechung** ausgeübt. (...)

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, **diese Ordnung** zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Absatz 2 benennt ausdrücklich die **Gewaltenteilung** zwischen **Legislative** (Gesetzgebung), **Exekutive** (vollziehende Gewalt: Regierung/Behörden) und **Judikative** (Rechtssprechung), die einander kontrollieren. In der Öffentlichkeit bekannt ist sie als unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Der **Sinn** der Gewaltenteilung ist zu verhindern, dass die Macht in **einer** Hand, z.B. einer Person (Diktatur/Monarchie) bzw. einer Gruppe (Pluto-/Autokratie) zusammenkommt, also das Gegenteil von Demokratie entstehen kann. Jeder Angriff auf diese Gewaltenteilung ist somit ein Angriff auf das **Fundament** der Demokratie. Wenn in Abs. 4 von „*dieser Ordnung*“ geredet wird, die nicht beseitigt werden darf, dann ist damit eindeutig die Gewaltenteilung aus Absatz 2 gemeint.

Das aber bedeutet, dass das **einzige Organ**, das idealtypisch für **Regulierung** (z.B. Erlass von Gesetzen, Verordnungen) zuständig ist, nur das Organ der **Gesetzgebung**, also das Parlament sein kann. Dass de facto viele Gesetze von der Exekutive, teilweise auch mithilfe der Judikative ausgearbeitet werden, ändert daran nichts, weil sie ohne die Zustimmung der Legislative keine Wirksamkeit haben. (Es ist der **Gründungsfehler der EU**, dass sie mit einem Parlament ohne volle legislative Kompetenz nur eine **eingeschränkte Gewaltenteilung** hat).

2. Regulatorische Kooperation

Also kann jedwede in Handelsabkommen geplante regulatorische Kooperation (Zusammenarbeit in der Gesetzgebung) zwischen der EU und anderen Staaten nur von den Parlamenten (z.B. durch entsprechende Ausschüsse) erfolgen bzw. **in parlamentarischem Auftrag** auch von einem exekutiv besetzten Gremium, dann aber nur unter voller **Transparenz** und **Kontrolle** durch Parlamentsmitglieder. Stattdessen ist jedoch in den Abkommen **TTIP, CETA und TiSA** eine regulatorische Kooperation geplant durch einen Regulierungsrat (in CETA „Handelsausschuss“ genannt), bestehend aus **nicht** gewählten Behörden- und Handelsvertretern, der die künftige Gesetzgebung bestimmt und sogar bestehende Gesetze überarbeiten soll. Er wäre eine Art **kapitalistisches Politbüro**. Seine Entscheidungen würden vermutlich als EU-Richtlinien auf uns zukommen, nach denen die nationalen Parlamente ihre Gesetze bekanntlich richten müssen. Unterstützt wird diese regulatorische Kooperation außerdem durch eine Reihe von Zusatzmaßnahmen, die insgesamt **grundsätzlich auf die Abschaffung der Gewaltenteilung und damit des Fundaments der Demokratie zielen**:

3. Angriff auf die Gewaltenteilung durch CETA/TTIP/TiSA:

A. Die Legislative (Gesetzgebung bzw. Parlamente) wird missachtet und sogar entmachtet durch:

- Geheimverhandlungen der Exekutive. Dabei hätte schon das Mandat zu einem Abkommen zwischen Völkern von den Vertretungen dieser Völker, also den Parlamenten erteilt werden müssen.
- Ausschluss von jeder Kontrollmöglichkeit (Leserraum, keine Beratungsmöglichkeit). Dabei müssten die Parlamente diese Verhandlungen eigentlich überwachen.

- **regulatorische Kooperation** durch einen **nicht gewählten Regulierungsrat (in CETA Handelsausschuss)**
- die beabsichtigte „automatische“ Weiterentwicklung der Abkommen auch noch **nach** ihrem Abschluss (**living agreement**)
- die Erklärung von Gesetzen im Interesse von Mensch und Umwelt zu „**Handelshemmnissen**“
- die indirekte Beschränkung durch **Klageandrohung** gegen solche Gesetze (**chilling effect**)
- die **Privatisierung** von Gemeineigentum und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge mit Verlust von Gestaltungshoheit, Kontrolle und Einfluss insbesondere kommunaler Parlamente
- **Stillhalte- und Sperrklinkenklauseln**, die einmal getroffenen Entscheidungen irreversibel zementieren und spätere Fehlerkorrekturen verhindern
- **Negativlisten**, die Gesetze zur öffentlichen Daseinsvorsorge, die erst künftig als notwendig erkannt werden **und** weitere Gesetze zur Eindämmung des Klimawandels verhindern. CETA ist das erste Abkommen der EU, das eine solche Negativliste enthält.

B. Die Exekutive oder vollziehende Gewalt (Regierung, eigentlich sollte das nur eine Verwaltung sein – in den USA heißt sie deshalb sogar so: Administration) **zielt** in Gestalt der EU-Kommission buchstäblich **auf eine Systemänderung**, denn sie:

- verweigert die Kontrolle durch die Legislative
- arbeitet via Geheimhaltung **gegen** die Parlamente und damit **gegen das Volk**
- beschränkt die Rechtsprechung durch Völkerrechtsverträge mit unklaren juristischen Begriffen
- beschränkt die **Unabhängigkeit** der Judikative
- verfolgt Wirtschaftsinteresse statt Gemeinwohlinteresse und Umweltschutz
- gefährdet die Eindämmung des Klimawandels
- verletzt das Prinzip des Handelns „zum Wohle des Volkes“ und **bricht damit den Amtseid**.

C. Die Judikative oder Rechtsprechung wird **ausgehöhlt** durch

- ein Parallel-Rechtssystem wie ISDS (private Schiedsgerichte) oder einen Internationalen Handelsgerichtshof (der Deutsche Richterbund spricht sogar von „Sondergerichten“!)
- die **Abschaffung des rechtsstaatlichen Gleichheitsgrundsatzes**: nur ausländische Unternehmen können vor solchen Gerichten klagen, inländische Unternehmen, Staaten und Individuen nicht
- den Entzug der Zuständigkeit für das Investitionsrecht
- völkerrechtlich bindende Artikel der Abkommen, die nationalem Recht übergeordnet sind
- dehnbare juristische Begriffe in den Abkommen, deren Verfassungskonformität nicht überprüfbar ist („indirekte Enteignung“, „faire und gerechte Behandlung“ oder „legitime Erwartung“)

Zusammenfassung: Die Exekutive der EU, also die EU-Kommission zieht nahezu die gesamte staatliche Gewalt an sich, sie überträgt Teile davon sogar an außerparlamentarische und außerrechtsstaatliche Gremien, wie den Regulierungsrat bzw. Handelsausschuss oder Schiedsgerichte und **zerstört damit die Gewaltenteilung, bzw. die freiheitlich-demokratische Grundordnung**.

Die Folge ist: Menschenrechte, Gemeineigentum, Umwelt und Klima können nicht geschützt werden. Letztlich werden demokratische Wahlen überflüssig, weil eine grundsätzliche demokratische Politikänderung nach diesen Abkommen nicht mehr möglich wäre.

Die Europäische Union entwickelt sich zu einer Plutokratie.

Das bedeutet jedoch: Widerstand gegen eine solche Beseitigung oder doch zumindest Beeinträchtigung dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist nicht nur Recht, sondern Pflicht, und zwar besonders für Parlamentsmitglieder. Sie brauchen nur gemäß Art. 38 GG nach ihrem Gewissen zu entscheiden und die Abkommen (insbesondere CETA als „Türöffner“ für TTIP) abzulehnen, unabhängig von Parteiraison, Fraktionszwang oder Parteivorsitzenden.